

i Fijáte !

Nachrichten •

Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 279

26. Feb. 2003

9. Jahrgang

Die sozialen Bewegungen und die Wahlen

Miguel Sandoval arbeitet als Berater von CALDH, des Zentrums für juristisches Vorgehen in Menschenrechtsfragen, das u.a. die Klagen führt gegen die für schwere Menschenrechtsverbrechen verantwortlichen guatemalteki-schen Politiker und Militärs, von denen viele, wie etwa der grausame Ex-Diktator Ríos Montt, nach wie vor in der guatemalteki-schen Politik aktiv sind. Als langjähriges Mitglied der Guerilla URNG war Sandoval Teil der Verhandlungskommission und am Abschluss des Friedensabkommens 1996 beteiligt. 1997 trat er aus der in eine Partei umgewandelten URNG aus, da er zu einem Minderheitenflügel gehörte, der auf die Stärkung der sozialen Bewegungen setzte. So sollte der notwendige Druck erzeugt werden, um die Durchsetzung der ausgehandelten Abkommen zu forcieren. Allerdings setzte sich eine Mehrheit durch, die der Ansicht war, die Realisierung der Abkommen habe in einer Situation des "sozialen Friedens" höhere Chancen. Seit 1997 hat Miguel Sandoval zahlreiche soziale Kämpfe begleitet und an ihnen teilgenommen.

Im Folgenden ein Ausschnitt aus einem Interview, das Dario Azzellini mit Miguel Sandoval geführt hat.

Bei den Wahlen 1999 hat die extreme Rechte abgesahnt, während die Linke nicht die erhofften Resultate erzielen konnte und die URNG bei etwa 10 Prozent lag. Für die kommenden Wahlen ist zu befürchten, dass die FRG den Ex-Diktator Ríos Montt aufstellt, während die URNG zerstritten ist und sich auch sonst keine Linke Alternative abzeichnet. Wie kommt es, dass die extreme Rechte um Ríos Montt, nach ihrer bisherigen katastrophalen Regierungszeit so hoch pokert und die Linke schweigt?

Das ist sehr schwer zu begreifen und hat verschiedene Ursachen. Die guatemalteki-sche Gesellschaft ist zutiefst konservativ, auch wenn es schwer fällt, dies anzuerkennen und zu akzeptieren. Und die ärmliche demokratische Tradition Guatemalas führt dazu, dass klientelistische und auf *Caudillos*, Führer, ausgerichtete politische Organisationen nach wie vor viel Gewicht haben.

Hinzu kommt die spärliche Verankerung der Linken als Partei. Denn zugleich sind ja alle sozialen Bewegungen im Land von Linken initiiert und getragen, aber eben nicht von den Parteilinken. Das relativiert etwa die Frage hinsichtlich der gesellschaftlichen Verankerung der Linken in Guatemala. Während die Verankerung der Parteilinken sehr schwach ist, ist die der sozialen Linken sehr stark. Es existiert eine Spaltung zwischen beiden und das ist ja auch ein Thema, welches in den vergangenen Jahren auf dem ganzen Kontinent diskutiert wurde. Erst wenn es gelingt, diesen Dualismus zu überwinden, werden wir einen bedeutenden Erfolg in Wahlergebnissen erleben. So lange dies nicht der Fall ist, bleibt die Handlungsfähigkeit der Parteilinken marginal.

Viele der wesentlichen AktivistInnen sozialer Bewegungen sind Mitglieder oder ehemalige ‚Kader‘ der URNG. Warum schafft es die URNG nicht, dies in politisches Kapital für

sich umzumünzen? Wie wird innerhalb der URNG diskutiert, und warum hat sie kaum Einfluss auf eine öffentliche Debatte?

Das Fehlen einer politischen Debatte innerhalb der URNG ist das Hauptproblem. Wie kam die URNG als Linke in diese schwierige Situation, in der sie sich heute befindet? Der Ursprung liegt meiner Ansicht nach in einer Fehldeutung der eigenen Rolle nach Unterzeichnung der Friedensabkommen.

Das Grundproblem ist, dass die Ex-Guerilla-Linke nicht in der Lage gewesen ist, sich von vertikalen, in vielen Fällen autoritären, politisch-militärischen Organisationen in breite, demokratische politische Organisationen umzuwandeln. Darüber wurde zwar wenig diskutiert, aber es spielt eine große Rolle.

Die URNG hat nach Unterzeichnung des Friedensabkommens eine falsche Entscheidung getroffen. Denn auch wenn sie Partner der Regierungspartei beim Friedensprozess und Unterzeichnung der Friedensabkommen war, hätte sie danach eine andere Dynamik auslösen und die Erfüllung der Friedensabkommen einfordern müssen. Sie hätte soziale Kräfte mobilisieren müssen, um Druck auszuüben und das ist nicht geschehen. Das ging so weit, dass in einigen Sektoren im ersten Halbjahr 1997, also nach Unterzeichnung der Abkommen, der Eindruck bestand, die URNG habe mit der amtierenden Regierung einen Pakt abgeschlossen, der ihr die Hände gebunden hatte.

Die amtierende Regierung der PAN hat einer neoliberalen Umgestaltung den Vorzug gegeben, anstatt sich zuerst an die Umsetzung der Abkommen zu machen. Die URNG hat darauf nicht energisch reagiert, sondern alles zugelassen und so ihr Profil als Oppositionspartei verloren. Heutzutage ist die URNG – neben der Tatsache, dass

es sich um die historische Linke handelt, die die Friedensabkommen unterschrieben hat – nicht als Oppositionspartei in der Gesellschaft wahrzunehmen. Das ist schwer anzuerkennen und erklärt auch die internen Probleme.

Im November sind Wahlen, welche Perspektiven hat die URNG, wird es im schlimmsten Fall vier verschiedene Ex-URNG-Parteien geben?

Viele Leute hegen die Hoffnung einer Wiedervereinigung der parteipolitischen Linken, einer grösseren Flexibilität, um Brücken zu anderen Sektoren zu bauen, aber das geschieht nicht. Das ist ein Problem, denn obwohl Guatemala eine konservative Gesellschaft ist, gibt es Raum für eine Linke, sie hätte viele Möglichkeiten, müsste dafür aber vor allem den Vertikalismus beiseite lassen, der sie prägt, sich nicht mehr gegenüber ausserparteilichen Sektoren taub stellen und eine wirkliche Oppositionsrolle einnehmen.

Wenn es einen Einheitsprozess gäbe und Verbindungen zu den sozialen Bewegungen aufgebaut würden, könnte dies der Linken eine Perspektive geben. Sie würde die Wahlen nicht gewinnen können, aber doch wichtige Stimmenanteile bekommen. Dafür sehe ich allerdings wenig Chancen, ich denke, wir werden eine gespaltene Linke bei den Wahlen sehen, die mit ihren kleinen Streitigkeiten beschäftigt sein wird – zur Freude und zum Vorteil der Rechten. Damit wird die Linke fünf bis sechs Prozent der Stimmen bekommen, mehr nicht.

Die guatemalteckischen Parteilinken glauben die Gralshüter des linken Denkens zu sein und verstehen nicht, dass die Linke ein politisches, soziales und kulturelles Phänomen ist. Alles was nicht parteipolitisch ist, wird nicht gesehen, nicht anerkannt, ausgeschlossen, während das Parteipolitische ohne den Rest kein grosses Gewicht hat. Die Linke als soziale Erscheinung im breiteren Sinne, als Weltsicht, als Prozess, der die gesellschaftliche Transformation zu mehr Gleichheit, Gerechtigkeit usw. sucht, wird in Guatemala als exklusives Parteieigentum gesehen und hat so keinen grösseren sozialen Einfluss. Ich nenne das "die kleinen Kirchen der Linken", die keine gesellschaftliche Projektfähigkeit haben und daher auch keine Entwicklung durchmachen.

Nehmen wir als Beispiel das *Foro de Sao Paolo* hier in Guatemala im Dezember 2002. Eine Versammlung diesen

Kalibers hat auch hier grosses Interesse geweckt, zugleich war die Unfähigkeit der organisierten Linken, dem Ganzen eine gewisse Ausstrahlung zu verleihen und sie zu nutzen, wirklich bemerkenswert.

Jenseits davon, dass die Presse konservativ ist und sie die Linke nicht mag, existiert eine bedeutende Eigenverantwortlichkeit dafür, dass das Ereignis nicht das entsprechende Echo gehabt hat. Ich habe an verschiedenen Foren teilgenommen und in keinem war die Ausstrahlung so gering, wie hier in Guatemala. Unglücklicherweise, denn in allen Ländern des Kontinents wird sich auf das Treffen in Antigua bezogen, ausser in Guatemala.

Dies, obwohl das Foro de Sao Paolo im Vergleich zu den 90er Jahren heute deutlicher linke Positionen bezieht, weniger sozialdemokratische Beteiligung und dafür mehr von linken Bewegungen zeigte...

Ja, Anfang der 90er war der Fall der Berliner Mauer noch sehr frisch, der Neoliberalismus befand sich im Vormarsch und die Linke vermeintlich in der Defensive. Heute ist die Niederlage des Neoliberalismus deutlich zu sehen und folglich werden wieder viel mehr Erwartungen an linke Optionen gestellt. Dennoch gibt es Länder, wie eben Guatemala, wo es nicht gelungen ist, diese Entwicklung zu sehen, zu begreifen, dass der Neoliberalismus keine Option mehr darstellt und wie die Ansätze der Linken – befreit von einem Haufen alter Dogmen – eine Option für die Zukunft ist.

Nach einer Phase in der es darum ging, dass die Linke nicht verschwindet, befinden wir uns heute in einer Situation, in der die Linke weltweit Räume erobert. In verschiedenen Formen und mit unterschiedlichen Komponenten, eine Linke, die weniger mit den alten Schemata verknüpft ist, aber letztlich eine Linke, die eine Transformation in die Richtung auf die Tagesordnung setzt, wie sie immer schon historisch von der Linken verfolgt wurde. Es wird offensichtlich nicht mehr der Sozialismus mit der gleichen Vehemenz wie früher vertreten, aber eben eine Transformation, mehr Gleichheit, die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, also die Wurzeln der sozialistischen Idee. So ist die Linke nicht nur nicht verschwunden, sondern die einzige Option, die wir haben. Nicht nur in Lateinamerika, wenn ich mir z.B. Italien anschau... das Pendel schlägt heute wieder in die Gegenrichtung. Auch wenn das

in Guatemala noch nicht sichtbar ist, aber hier kommt immer alles zehn Jahre später.

Wie ist die Situation in den 13 Gemeinden, die von der URNG kontrolliert werden? Ist dort eine andere Politik spürbar? Gibt es dort eine stärkere Unterstützung der URNG?

Die URNG hat dort die Bürgermeisterwahlen gewonnen, mehr nicht. Sie hatte bestimmt ein Interesse, dort ein alternatives Modell zu schaffen, doch das ist nicht geschehen. Die kontinuierliche Beschwerde der Bürgermeister betrifft die mangelnde Unterstützung seitens der Parteistrukturen. Daher wird der Sieg bei den nächsten Wahlen dort nicht mehr so leicht wie beim ersten Mal sein. Es gibt zu wenig Anzeichen eines alternativen Projekts, einer anderen Art Politik zu machen, eines starken Engagements der politischen Institutionen.

In Brasilien z.B. entwickelte die PT in einigen Gemeinden den partizipativen Haushalt, das gab den Kommunen der PT – nicht in allen – aber doch in vielen Fällen, eine eigene Note. In Guatemala gibt es kein Merkmal, das die Kommunalpolitik der Linken charakterisiert, wo sie die Bürgermeisterämter besetzt. Das ist ein bisher ungelöstes Problem, leider, denn es hätte eine andere Verwaltung entwickelt werden können, es hätte von diesen Gemeinden eine Gestaltungsweise ausgehen können, die auf andere abfährt, aber das ist nicht der Fall.

¡Fijáte!

**Herausgegeben von:
Verein ¡Fijáte!**

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

Abos:

¡Fijáte!

c/o Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

Tel. 01/ 241 44 43

E-Mail:

barbara-m@bluewin.ch

Jahresabo: 100.- Fr.

Auslandabo: 120.- Fr.

Förderabo: ab 200.- Fr.

E-Mail-Abo: 85.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntägig.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

"Legaler Terrorismus" gegen Lehrerschaft

Guatemala, 21. Feb. Der am 20. Januar aufgenommene Streik der guatemaltekischen Lehrerschaft (siehe ¡fijáte! 277, 278) zieht immer weitere Kreise. Aufgrund der fehlenden Bereitschaft und den verschärften Massnahmen der Regierung gegenüber den Demonstrierenden haben sich inzwischen diverse gesellschaftliche Sektoren mit diesen solidarisiert. blieb es anfangs noch bei einer Pressemitteilung verschiedener Organisationen, in denen sie die Forderungen des Lehrkörpers stärkten, kündigten die BäuerInnenorganisation CNOC zusammen mit dem *Agrarforum*, der Gewerkschaftseinheit UASP und studentischen Gruppierungen schliesslich ihre Teilnahme am andauernden Streik der DozentInnen mit etwa 40'000 Personen an, um die Regierung mit vereinten Kräften zur Lösung sowohl der Probleme des Bildungs- als auch des Agrarsektors zu bewegen. Auch auf die demo-kräfteige Unterstützung von Seiten der Eltern und sogar der MarktverkäuferInnen in der Hauptstadt können die ManifestantInnen zählen, ist doch immer noch der Erfolg des LehrerInnensektors beim Sturz der Regierung Jorge Ubicos 1944 in guter Erinnerung.

Während sich an der Streiküberzeugung der LehrerInnen nichts geändert hat, zeugt das Handeln der Regierung eher von Inkompetenz und Hilflosigkeit. Wozu sonst lassen sich diverse Ministerien vom Militär vor den friedlich Demonstrierenden beschützen, sagen Plenarsitzungen und andere Amtsaufgaben in okkupierten Gebäuden ab und lassen die Soldaten mit Tränengas Strassenbesetzungen auflösen? Auch die Drohung von Bildungsminister Torres gegenüber den streikenden LehrerInnen mit Kündigung und Nichtauszahlung des Gehalts während der Streikzeit sowie sein Hetzen gegen den nationalen Lehrkörper in Pressemitteilungen, provozieren eher, dass ihn die Betroffenen als "Staatsterrorist" sehen, als dass ihm als "der Autorität" das Finden einer Lösung zugetraut wird.

Nachdem der dritte Dialogversuch zwischen den Parteien scheiterte, da die Regierungsseite den Tisch verliess, wurde nun auf Antrag der Lehrerschaft eine Verhandlungskommission gegründet, in der der guatemaltekische Erzbischof Monseñor Quezada Toruño als "Ehrenbeobachter" fungiert und erste positive Dialogentwicklungen bestätigt. Inwieweit sich jedoch die Regierung auf die Forderungen auf u.a. die Etaterhöhung der aktuellen Q 3'255 Mio. um Q 2'800 Mio. für das Bildungsministerium (MINEDUC), einlassen wird, bleibt abzuwarten.

Solange keine Einigung erzielt ist, werden die DozentInnen jedenfalls ihre Arbeitsniederlegung beibehalten, auch wenn diese von der 5. Arbeitsgerichtskammer als illegal beurteilt wurde. Von Seiten der LehrerInnen war dieser Schritt jedoch erwartet worden und wird fast zynisch als "legaler Terrorismus" aufgefasst.

Von Seiten der Opposition wurde inzwischen eine Initiative formuliert, nach der Q 820 Mio. von den Konten der Präsidentschaft und des Verteidigungsministeriums auf das des MINE-DUC zu transferieren seien. Die verantwortliche Regierungskommission legt währenddessen die Betonung auf eine notwendige Dezentralisierung des Ver-

waltungssystems, so dass schliesslich die einzelnen Departements für das jeweilige Bildungssystem verantwortlich wären.

Das Beibehalten der Sanktionen gegen die Streikenden, obwohl parallel ein Dialog begonnen wurde, wird von der Arbeitergewerkschaft als Zeichen des neoliberalen Interesses des Staates gewertet, das sowohl vom IWF als auch anderen internationalen Körperschaften unterstützt wurde.

Bekräftigt werden die Demonstrierenden derweil in ihrem Tun durch den tragischen Tod einer 19jährigen Lehrerin aus Totonicapan, die auf dem Weg zur Grossdemonstration in die Hauptstadt bei einem Verkehrsunfall starb.

Neues im Fall Gerardi

Guatemala, 13. Feb. Der Höchste Gerichtshof entschied nun die Aufhebung des Urteils der Vierten Berufungskammer im Fall Gerardi, eine Resolution, die die Verurteilung gegen die drei Militärs Byron Disrael Lima Estrada, dessen Sohn Byron Lima Oliva und Obdulio Villanueva, verurteilt zu 30 Jahren Haft und den Priester Mario Orantes Nájera, zu 20 Jahren Haft verurteilt, annulliert hatte.

Die RichterInnen akzeptierten damit die Berufungen, die von der Katholischen Kirche, der Staatsanwaltschaft und den Verteidigern der wegen Mittäterschaft am Mord an Bischof Juan José Gerardi am 26. April 1998 Angeklagten eingelegt worden war.

Durch die Zurkenntnisnahme von Beweisen und der Berufungsverweigerung in erster Instanz gegenüber den Militärs versties die genannte Kammer gegen das Gesetz und muss die Einsprüche nun erneut überprüfen. Sollten die Prozessbeteiligten keine Berufung vor dem Verfassungsgericht einlegen, muss zudem ein neues Urteil gefällt werden.

Die Entscheidung des Gerichtshofes wurde wenige Stunden nach einer Meuterei in der Männerhaftanstalt in der Zone 18 der Hauptstadt bekannt gegeben, bei der sechs Personen ermordet wurden. Unter den Toten befindet sich auch der Armeespezialist Obdulio Villanueva, einer der für den Mord an Gerardi Verurteilten.

In Bezug auf die Revolte der Gefangenen und dem Mord an Villanueva kursieren verschiedene Erklärungsversionen. Offensichtlich handelt es sich um eine seit längerem geplante Verschwörung der "zivilen" Gefangenen und Strassenbandenmitglieder gegen die einsitzenden Mitglieder von Militär und Polizei, die gewisse Privilegien ge-

niessen. Unter ihnen befinden sich General Édgar Godoy und die beiden Oberste Guillermo Oliva und Juan Valencia, diese drei sitzen im Zusammenhang mit dem Mord an Myrna Mack ein (siehe S. 6).

Oberst Byron Lima Oliva, der wie Villanueva in den Fall Gerardi verwickelt ist, spielt als "der Kapitän" des Gefängnis-sektors 7 wohl eine besondere Rolle. Seit Monaten hatten die Mitgefangenen Beschwerden gegen die harte Kontrolle und Geldforderungen durch Lima Oliva vorgetragen, seit zwei Wochen hatte das Erzbischöfliche Menschenrechtsbüro (ODHA) entsprechende anonyme Briefe erhalten. Zudem war seit längerem von den Mitgefangenen die Verlegung Limas in ein anderes Gefängnis beantragt worden. Doch dieser weigerte sich selbst nach dem Vorfall, seiner Verlegung zuzustimmen, während die drei "Mack-In-sassen" nun ihre Haft im Hochsicherheitsgefängnis El Boquerón absitzen.

Von Anfang ihrer Haft an hatten die im Fall Gerardi Verurteilten ihre Verlegung ins Militärgefängnis beantragt, was jedoch wiederholt verweigert wurde, da sie einer zivilen Gerichtsbarkeit zu unterstellen seien. Helen Mack, Schwester der ermordeten Myrna Mack, äusserte indes die Überlegung, der Aufstand sei von diesen Militärs selbst provoziert, um ihre Verlegung zu erzwingen.

Angeblich hatte eine Gefangenen-gruppe des Sektors 1 am 12. Februar eine günstige Gelegenheit während der Besuchszeit genutzt und die Männer in Sektor 7 mit Schuss- und Stichwaffen angegriffen. Vier der Getöteten wurden dabei mit Macheten enthauptet, einer verbrannt und einer erschossen, weitere Verletzte wurden ins Krankenhaus gebracht.

Stimmungsmache im Wahljahr: Presse und Regierung zerstritten

Zwar versprach Präsident Portillo bei seinem Amtsantritt, bei ihm würde „alles anders“ sein, inklusive seine Beziehung zur Presse, die er durch Offenheit und Freundschaft geprägt wissen wollte. Noch vor einem Jahr sagte er, er erwarte nicht, dass die Presse ihm nach dem Mund spreche, ihre Aufgabe sei es, konstruktiv zu kritisieren und zur freien Meinungsbildung beizutragen. Unterdessen verweigert er der Presse den Zugang zu Veranstaltungen, bei denen er auftritt und lanciert Verleumdungs- und Drohkampagnen. Die *Vereinigung Guatemaltekischer JournalistInnen* (APG) ist besorgt, ist doch zu erwarten, dass die schlechte Stimmung zwischen Regierung und Presse mit dem Fortschreiten des Wahljahres zunimmt.

Im Oktober 2002 denunzierten die guatemaltekischen Tageszeitungen *Prensa Libre* und *elPeriódico*, dass die Regierung der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG) eine Kampagne gegen die unabhängige Presse vorbereiten würde, um die wiederholte Kritik der Printmedien an der Regierung zu diskreditieren. Im November waren die ersten Zeichen dieser Diffamierungskampagne dann zu spüren: Zum ersten Mal in der sechsjährigen Existenz der Zeitung wurden die Büros von *elPeriódico* von Angestellten der Steuerbehörde heimgesucht, die eine genaue Untersuchung der Buchführung der Zeitung vornehmen wollten. Das selbe passierte bei den Tageszeitungen *Nuestro Diario*, einem Tochterunternehmen von *Prensa Libre*. Im Dezember erhielt der Direktor von *el Periódico*, José Rubén Zamora eine Vorladung vor Gericht, wo er hätte Rechenschaft ablegen müssen über die Recherchen zu einem Artikel über die in Guatemala existierenden Parallelmächte und über die angebliche Teilhabe des obersten Rechnungsprüfers, Carlos de León, an einem korrupten Bauunternehmen, das einen staatlichen Auftrag nicht erfüllt hatte.

Am 16. Januar 2003 zitierte die Sonderstaatsanwältin für Korruption, Karen Fischer, Zamora als 'gewöhnlichen Bürger', damit er seine Aussagen mache, ansonsten werde er mit Gewalt vor Gericht gebracht. Am selben Tag beschuldigten die Steuerbehörden Zamora der Steuerflucht und der Geldwäscherei.

Die drei Zeitungen ihrerseits argumentierten, dass die Anschuldigungen

der Steuerbehörden gegen Zamora erfolgten, bevor die Überprüfung der Rechnungsbücher überhaupt abgeschlossen gewesen sei, und dass die Angestellten der Steuerbehörden im Falle von *Nuestro Diario* versucht hätten, Buchhaltungsdokumente aus den Büros der Zeitung mitzunehmen, was gegen das Gesetz verstosse. Laut Zamora wurde er von der Staatsanwältin Fischer an Tagen vorgeladen, an denen das Gericht offiziell gar nicht arbeitet, wohl in der Hoffnung, dass er nicht erscheinen würde. Zamora hat ausserdem noch zwei Klagen am Hals von Jacobo Salán Sánchez und Francisco Ortega Menaldo, zwei pensionierten Militärs und engen Beratern Präsident Portillos, die er in einer Reportage in *elPeriódico* mit dem organisierten Verbrechen in Verbindung gebracht hatte.

In einer Presseerklärung zeigte sich die *JournalistInnenvereinigung Guatemalas* (APG) besorgt über den „Fall Zamora“, der zu einem gefährlichen Präzedenzfall werden könne, bringe er doch die Einhaltung der von Guatemala mitunterzeichneten *Deklaration von Chapultepec* in Gefahr, in der es heisst: „Kein Journalist kann gezwungen werden, seine Informationsquellen bekannt zu geben“.

Die betroffenen Zeitungen ihrerseits reichten am 16. Januar 2003 bei der *Interamerikanischen Pressegesellschaft* (SIP) eine Klage gegen die guatemaltekische Regierung wegen Bedrohung und Diffamierung der unabhängigen Presse ein.

Auch Präsident Portillo nahm in seinem dritten Regierungsbericht, den er Anfang des Jahres ablieferte, Stellung zu seiner Beziehung zur Presse: „Die Medien sind in den Händen von Privatpersonen, die bei ihrer Berichterstattung nicht unbedingt die Interessen der Öffentlichkeit berücksichtigen.“ Immer wieder war von Portillo in den letzten Monaten zu hören, die Presse konspirierte für einen möglichen Staatsstreich und paktiere mit dem Präsidentschaftskandidaten der PAN, Oscar Berger.

Nachdem im Januar die in einer US-amerikanischen Zeitung veröffentlichte Meldung von den guatemaltekischen Medien übernommen wurde, Präsident Portillo habe eine Uhr im Wert von 30'000 US-\$ gekauft, war dessen Geduld endgültig am Ende: „Das Verbreiten solcher

Meldungen ist Teil der Wahlkampagne, die für *elPeriódico*, *Prensa Libre* und *Siglo XXI* bereits voll im Gange ist. Doch wir dürfen uns nicht täuschen lassen: Solche Reportagen sind typisch für eine Presse, die sich in den Dienst eines politischen Projekts gestellt hat. Die selben UnternehmerInnen, welche die Aktienmehrheit dieser Zeitungen besitzen, haben ihre eigenen politischen Projekte und stören sich an einem Präsidenten, der sich nicht ihren Direktiven unterstellt.“

Die von Portillo gezogene Konsequenz war, die Presse explizit von diversen Anlässen wie Eröffnungen von Schulen oder Marktplätzen auszuschliessen, die er sonst immer als Anlass für seine Medienauftritte nutzte. Auch verweigerte er nach wichtigen Treffen, z.B. mit dem US-amerikanischen Botschafter der Presse jegliche Information. Der FRG-Abgeordnete Haroldo Quej seinerseits sagte, ihm sei von der Partei verboten worden, an einem der von *Prensa Libre* regelmässig veranstalteten Pressefrühstücke teilzunehmen.

Auch wenn die Spannung in den letzten Wochen etwas nachgelassen hat (die Steuerbehörden haben die Büros von *elPeriódico* wieder verlassen, Karen Fischer hat einen schriftlichen Bericht von Zamora akzeptiert und besteht nicht auf ihrer Vorladung), muss man im Verlaufe dieses Wahljahres wohl noch mit einigen Unstimmigkeiten zwischen der Regierung und den Medien rechnen. Gemäss Zamora ist das aber nichts Neues: „Schon zu Zeiten von Jorge Serrano und später während der Regierungszeit von Alvaro Arzú wurde die Presse beschuldigt, Parteipolitik zu betreiben, das Sprachrohr der Drogenhändler oder des Privatsektors zu sein, je nach dem, was den Regierenden gerade gelegen kam. Heute ist es die Regierung Portillo, die glaubt, dass die Presse in diesem Wahlprozess ihr grösster Gegner ist, nicht, weil wir Parteipolitik machen, sondern weil wir über Korruptionsfälle berichten, in welche Mitglieder der Regierungspartei verwickelt sind, was natürlich unangenehm für die FRG werden kann.“

Auch Gonzalo Marroquín, Direktor der *Prensa Libre*, versteht seine Arbeit nicht als Parteipolitik: „Unsere Ausdrucksformen als Kommunikationsmedien können ganz unterschiedlich sein. Aktivismus ist Teil der Meinungsfreiheit,

und man kann uns deswegen nicht diskreditieren.“ Bezüglich des Vorwurfs, dass sich die Presse für den PAN-Kandidaten Oscar Berger stark mache, meinte Marroquín: „Wir bevorzugen gar niemanden. Wir veröffentlichen Tatsachen und Meinungsumfragen. Diese Umfragen lassen wir übrigens von den selben Meinungsforschungsinstituten machen wie bei den letzten Wahlen und damals war die FRG auch zufrieden damit!“

Etwas anders sieht es die unabhängige Journalistin und Medienkennerin Iduviana Hernández. Die Presse favorisiere manchmal bewusst, manchmal unbewusst die Kandidatur von Berger, da er eine ähnlich FRG-feindliche Haltung vertrete wie die Presse selber.

Weiter dürfe man auch die bestehende Verbindung zwischen der Presse und dem Unternehmenssektor nicht übersehen. Es sei eine unleugbare Tatsache, dass die Medien nur dank der

Werbung überlebten, was den UnternehmerInnen eine gewisse Macht über sie gebe. In Guatemala sei die Presse traditionellerweise konservativ und identifiziere sich eher mit dem ökonomischen Konservatismus der UnternehmerInnen denn mit dem politischen Konservatismus einer FRG, meinte die Fachfrau Hernández.

Die Ernennung von Luís Rabbé, dem umstrittenen Ex-Kommunikationsminister zum PR-Verantwortlichen der FRG-Kampagne zeigt laut Iduviana Hernández, dass die FRG klar auf dem Konfrontationskurs mit der Presse fährt. Im Endeffekt sei Rabbé aber nur der Handlanger des mexikanischen Medienmoguls Angel Gonzáles, auch Besitzer der meisten guatemaltekischen Fernsehsender. Dieser Gonzáles habe noch nie einen Verlierer unterstützt, und es sei durchaus möglich, dass er, falls sich Berger wirklich als ein veritabler Kandi-

dat entpuppe, Rabbé und die FRG wie eine heisse Kartoffel fallenlasse. Der Presse wirft Hernández auch vor, oftmals nicht unterscheiden zu können zwischen Editorialjournalismus und Informationsaufbereitung. Vor allem *el Periódico* überschreite manchmal die Linie und seine Editoriale trügen häufig aktivistische anstelle analytischer Züge. Damit habe sich die Zeitung klar zu einer politischen Akteurin gemacht.

Edmundo Urrutia von der *Vereinigung für soziale Investigationen und Studien* (ASIES) hat eine einfache Erklärung dafür: „Die Presse hat die Rolle übernommen, zu kontrollieren, zu überwachen, überall dort den Finger drauf zu halten, wo etwas krumm läuft, weil es keine politische Partei gibt, die das macht. Um dieses Vakuum zu füllen, schießt die Presse oftmals über's Ziel hinaus und übt einen unproportional starken politischen Einfluss aus.“

Ex-PAC bestehen auf ihren Forderungen

Guatemala, 18. Feb. Laut der Verantwortlichen des *Friedenssekretariats* (SEPAZ), Catalina Soberanis, haben sich 600'000 Personen als ehemalige Mitglieder der Zivilpatrouillen (PAC) auf den Listen der Regierung eingetragen, in der Hoffnung, die von Präsident Portillo im letzten Sommer versprochene Entschädigung für ihre ‚geleisteten Dienste‘ zu erhalten. Selbstverständlich würden diese Listen noch überprüft und bereinigt; um das weitere Vorgehen zu besprechen, treffe sie sich in den nächsten Tagen mit Präsident Portillo. Weiter erinnerte Soberanis daran, dass das Geld für die Entschädigung aus den sog. Friedensanleihen stammen würde, die auf dem nationalen und internationalen Markt angeboten würden. Von den Anleihen im Wert von 150 Mio. US-\$, die auf dem nationalen Markt seien, sind 140 Mio. verkauft worden, die meisten offenbar an staatliche Institutionen. Die restlichen 580 Mio. sollen auf dem internationalen Markt angeboten werden, was nach der Deklassifizierung des guatemaltekischen Staates durch die USA ein schwieriges Unterfangen werden könnte.

Und während bei den verantwortlichen Stellen das Thema von der langen auf die längere Bank geschoben wird, nimmt in den ländlichen Regionen die Macht der Ex-PAC und/oder neuen para-

militärischen Strukturen zu, ebenso die Ungeduld darüber, dass die Regierung mit den Zahlungen nicht vorwärts macht.

Verantwortlich gemacht für diese Verzögerung werden von den Ex-PAC die Menschenrechtsorganisationen, die sich seit die Forderung im letzten Sommer laut wurde, gegen eine Entschädigung der ehemaligen Patrouillisten aussprechen. Im Departement Quiché wird von den Ex-PACs die Meinung verbreitet, es seien konkret das Menschenrechtsprokurat, die MINUGUA und die *Stiftung Rigoberta Menchú*, welche die Auszahlungen verhinderten.

Am 26. Januar nannte der Gouverneur des Quichés anlässlich einer Rede in der Gemeinde Chajúl das Menschenrechtszentrum CALDH als hauptverantwortlich für das Nichtbezahlen der Entschädigung. Gleichzeitig versprach er, dass Ende März endlich die versprochenen 5'000 Quetzales pro ehemaligem Patrouillisten ausbezahlt würden. CALDH ist sehr besorgt um die Sicherheit der Mitglieder der *Vereinigung für Gerechtigkeit und Versöhnung* (AJR), der einzigen Organisation, mit der es in dieser Region zusammenarbeitet. Die Mitglieder von AJR sind ZeugInnen in den Genozid-Klagen gegen hohe Militärs aus den Regierungszeiten von Romeo Lucas García und Efraín Ríos Montt und werden dabei vom

CALDH juristisch begleitet.

Auch im Petén haben Mitglieder paramilitärischer Gruppen wieder zu den alten Mitteln gegriffen. Am 11. Februar, während alle Familienmitglieder schliefen, wurde das Haus der Familie Rivera Zapeda in Dolores, Poptún, beschossen. Die Familie führt einen Prozess gegen eine Gruppe Paramilitärs, die vor einem Jahr ihren 16-jährigen Sohn und ihren 14-jährigen Neffen entführt, gefoltert und umgebracht haben. Der Termin für den Prozessbeginn war der 6. Februar.

In Todos Santos Cuchumatanes ist es das „Komitee zur bürgerlichen Sicherheit“, das die Macht im Dorf übernommen hat, der sich auch der Bürgermeister, der lokale Richter und die Polizei beugen müssen. Das Komitee verhängt nächtliche Ausgangssperren, zwingt die LadenbesitzerInnen, ihre Geschäfte zu schliessen und die Bevölkerung, sich abends nach neun Uhr in ihre Häuser einzuschliessen. Gemäss Mario Polanco von der *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM) sei das Komitee zusammengesetzt aus Ex-PACs und ehemaligen Guerilleros. Rosalina Tuyuc von der Witwenorganisation CONAVIGUA sagte, man dürfe die Existenz solcher Gruppen nicht tollerieren, weil dies als Aufforderung für andere verstanden werden könnte, zu ähnlichen Mitteln zu greifen.

Nach 13 Jahren: Guatemala vor Gericht

Guatemala, 21. Feb. In wenigen Monaten werden die RichterInnen des *Interamerikanischen Menschenrechtshofes* (CIDH), die in der vergangenen Woche den mündlichen Prozess gegen den guatemaltekischen Staat im Mordfall der Anthropologin Myrna Mack Chang führten, wohl ihr endgültiges Urteil und das zugehörige Strafmass verkünden.

Obwohl die Vertreter des guatemaltekischen Aussenministeriums sich bereits am zweiten Tag weigerten, der Anhörung in San José, Costa Rica, weiter beizuwohnen, wurde der Prozess wie geplant durchgeführt und der Staat Guatemala schliesslich wegen institutioneller Verantwortung und anschliessender Rechtsverweigerung im Fall Mack verurteilt. Myrna Mack arbeitete mit Vertriebenen im Departement Quiché und wurde am 11. September 2000 mit 27 Messerstichen umgebracht.

Für den Mord wurde im Februar 1993 der ehemalige Oberfeldwebel Noel de Jesús Beteta zu 30 Jahren Haft verurteilt, 20 Jahre Gefängnis erhielt dagegen Oberst Juan Valencia Osorio am 3. Oktober 2002 für die intellektuelle Urheberchaft der Tat und die Verletzung des Rechts auf Leben von Myrna Mack. Zwei weitere Generalstabchefs des Präsidenten (EMP) sitzen wegen gleichlautender Anklage noch in Untersuchungshaft.

Der Prozess gegen den Staat fand statt, da es im Mordfall Mack nicht ausreiche, im lokalen Umfeld nach den praktischen und intellektuellen Tätern des Verbrechens zu suchen, so die VertreterInnen der *Stiftung Myrna Mack*. Gerade in dieser Situation sei es angebracht, den Staat für die Unterstützung von Verbrechen und die Generierung von Straflosigkeit diesbezüglich zur Verantwortung zu ziehen. Zudem werde der Prozess die Mechanismen des Verdeckens und der Komplizenschaft zwischen Strukturen und Sicherheitsagenten des Staates in diesem Fall aufdecken, die der Absicht dienen, die Anwendung des Rechts und die Enthüllung von Details über die kriminellen Machenschaften des Staates zu verhindern. Sowohl der CIDH als auch die Familie Mack Chang sind davon überzeugt, dass entsprechende Beweise zur Genüge vorhanden sind.

Kurzfristig versuchte Aussenminister Édgar Gutiérrez noch, über die Suspendierung des Prozesses zu verhandeln, indem er im Gegenzug die Anerkennung der (partiellen) Verantwortung des Staates im Fall Mack "anbot" und gleich zu den Entschädigungsverhandlungen mit der Familie schreiten wollte, doch der CIDH gab diesem nicht statt, sondern hörte die Zeugen und Sachverständigen an. Unter diesen waren die Schwester und die Tochter der Ermordeten Helen und Lucrecia Mack, die gleichzeitig die Anklage

vertraten, der ehemalige Bischof von Quiché Julio Cabrera, sowie ein Zeitungsverkäufer, der über die Bewachung und Verfolgung der Anthropologin im Vorfeld des Mordes durch den EMP aussagte.

Zu den Forderungen der Anklage gehören neben der Verurteilung des Staates eine Reihe von Entschädigungen, die dieser zu leisten habe: das Vorantreiben von Reformen des Rechtsverwaltungssystems, die Transformation der Sicherheits- und Intelligenzapparate des Staates, die Auflösung des EMP, die Schaffung eines Stipendienfonds für Postgraduierendestudien in Rechts-, Sozial- und Anthropologischen Wissenschaften, eine ökonomische Kompensation für die Familie des Opfers u.a.m.

Dass sich Staatsvertreter von einem initiierten Prozess vor dem CIDH zurückziehen, fand zum ersten Mal in der Geschichte dieses Tribunals statt. Von Seiten der *Mack-Stiftung* wurde die Entscheidung der Staatsvertreter als Versuch interpretiert, alles das in den vorherigen guatemaltekischen Anhörungen Erreichte zu negieren, in denen dem Staat bereits seine Verantwortung im Fall Mack zugesprochen worden war. Laut Myrnas Schwester Helen machte das Verhalten der guatemaltekischen Vertreter einen orientierungslosen, konfusen und inkohären-

ten Eindruck: auf der einen Seite akzeptierten sie eine gewisse Verantwortung, weigerten sich jedoch gleichzeitig, die Beweise, die die Anklagen gegen den Staat stützten, anzuhören. Damit zeigte die Regierung deutlich, dass sie weder die Wahrheit dieses Mordes hören, noch die in Guatemala existierende Rechtsverweigerung anerkennen will, so Mack.

Mit dem Akzeptieren der "partiellen Verantwortung" glaubt die Regierung laut Pressemitteilung des Aussenministeriums, ihre Aufgabe erfüllt zu haben und bedauert, dass "die wirkliche Dimension des guten Willens des Staates hinsichtlich der Anerkennung von Menschenrechtsverletzungen durch seine Agenten nicht geschätzt würde".

Der jetzige Aussenminister Gutiérrez, der eine fundamentale Rolle im Prozess zur Aufklärung des Todes von Myrna Mack spielte, befindet sich nun in der gegnerischen Position. Er war Mitbegründer der *Mack-Stiftung*, Schlüsselzeuge im Prozess um den Mord und privater Freund des Opfers. Gutiérrez kennt den Hintergrund der Ermittlungen nur zu genau, schliesslich arbeitete er sieben Jahre für die Stiftung und führte zudem eine Analyse der Staatsstrukturen und der Gründe für den Mord an der Anthropologin durch.

Im Regierungssumpf steckengeblieben

Guatemala, 21. Feb. Die Forderung des Menschenrechtsombudsmannes Sergio Morales und verschiedenen guatemaltekischen Menschenrechtsorganisationen nach einer *Internationalen Kommission zur Aufdeckung paralleler Machtstrukturen und illegaler Körperschaften* (CICIACS) hat allseits grosse Hoffnungen geweckt. Leider geschah seit Mitte Januar, als die Forderung öffentlich gemacht wurde, nicht viel: Präsident Portillo hat sich zum Thema nicht geäussert, der Kongress verabschiedete eine Resolution, in der die Schaffung einer solchen Kommission begrüsst wird, und die Exekutive hat sich darauf beschränkt, einen von Aussenminister Gutiérrez unterzeichneten Brief zu schicken, in dem Morales und die Menschenrechtsorganisationen darüber informiert werden, dass man José Miguel Vivanco, den Direktor der US-amerikanischen Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* eingeladen hat, die Vorarbeiten für die Gründung einer solchen Kommission zu leiten.

Doch die InitiatorInnen der Forderung lassen nicht locker: Einerseits wurde Portillo noch einmal aufgefordert, Stellung zu dem Vorschlag zu nehmen,

es gab eine Aussprache mit einem Mitarbeiter von Vivanco, wo der Standpunkt der Menschenrechtsorganisationen noch einmal dargelegt wurde, und es wird auf internationaler Ebene Lobbyarbeit betrieben. Eine Folge davon ist sicher, dass verschiedene Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen aus Europa und den USA die Gründung der CICIACS unterstützen und bei der guatemaltekischen Regierung Druck ausüben. Die UNO und die *Organisation Amerikanischer Staaten* (OEA) haben einen Beitrag von rund 250'000 US-\$ versprochen, falls sie eingeladen würden, in der Kommission Einsitz zu nehmen.

Anfang Februar erhielt die Direktorin der *Vereinigung zu Förderung und Studium der Sicherheit in einer Demokratie* (SEDEM), Iduvina Hernández, telefonische Drohungen. SEDEM arbeitet zu den Themen Sicherheit, Geheimdienste und Demokratie, und Hernández ist involviert in die Arbeit der Menschenrechtsorganisationen zur Schaffung der CICIACS. Bereits während der Weihnachtsferien wurde in die Büros der SEDEM eingebrochen und Hernández Computer wurde durchsucht.